

Pressekonferenz

“Aktuelles zum Hypo-U-Ausschuss: Informationen rund um Birnbacher-Einvernahme”

Gesprächspartner:
LAbg. Rolf Holub, Vorsitzender Hypo-Untersuchungsausschuss

INHALT:

- 1.) Chronologie der Birnbacher-Causa
- 2.) Die Gutachten der Causa Birnbacher
- 3.) Die Rolle der Landesholding
- 4.) Wahrnehmungen von Zeugen zu Dr. Birnbacher
- 5.) Dr. Birnbacher – Was war seine Leistung?
- 6.) Leistungen anderer Investmentbanken und deren Honorare im Vergleich

01. Juni 2011
Salzamt, Klagenfurt

EINLEITUNG

6-Millionen- Euro für ein mündliches Gutachten und einen achtseitigen Tätigkeitsbericht. Das so genannte "Birnbacher-Honorar" ist nur die Spitze des Eisberges im Kärntner Proporzsystem. Nicht nur Birnbacher, sondern auch Tilo Berlin wollte von der Kärntner Landesholding eine Erfolgsprämie. Geheime Unterlagen, die uns zugespielt wurden, beweisen auch, dass über 7 Millionen Euro (Stand Feber 2008) an Honoraren für das Schlosshotel Velden geflossen sind. Wofür genau, wird vom U-Ausschuss noch zu prüfen sein!

Das Birnbacher-Honorar ragt bisweilen als prominentester Hypo- Polit-Skandal exemplarisch aus dem schwarz-freiheitlichen Politsumpf in Kärnten. Mehrheitsbeschaffer bzw. Steigbügelhalter ist die ÖVP mit Dr. Josef Martinz: Dr. Dietrich Birnbacher, der private Steuerberater von ÖVP-Chef Martinz, ist am 08. Juni 2011 vor den Hypo-Untersuchungsausschuss geladen und bekommt somit die Möglichkeit, sich und seine Geldgeber zu erklären. Birnbacher muss gegenüber der Öffentlichkeit endlich rechtfertigen, wofür er 6 Millionen Euro an Steuergeldern kassiert hat.

1.) Chronologie der Birnbacher-Causa

April 2007: Erteilung des Auftrages an Dr. Birnbacher durch die „Privatpersonen“ LH Dr. Haider & LR Dr. Martinz: „Beurteilung des Hypo-Verkaufs nach Sinnhaftigkeit, Zweckmäßigkeit und Machbarkeit des Vorhabens aus Sicht des Landes Kärntens“. (Hintergrund war, dass die Landesholding Einnahmen lukriert, um die 2008 fällige Wandelschuldverschreibung in der Höhe von 500 Millionen zurückzahlen zu können.)

12.02.2008: Die Mehrheit des politisch besetzten Landesholding-Aufsichtsrates stellt fest, dass die Einschaltung von Birnbacher im Interesse der Landesholding gewesen ist. Einforderung eines Tätigkeitsberichtes von Birnbacher.

20.02.2008: Vorlage eines achtseitigen Tätigkeitsberichtes durch Birnbacher.

27.02.2008: Der Landesholding-Vorstand beauftragt Dr. Nowotny für ein Gutachten zur Übernahme des Honorars von Dr. Birnbacher.

2.) Die Gutachten zur Causa Birnbacher

Gutachten Dr. Christian Nowotny (Feber 2008):

Nowotny kommt zum Ergebnis, dass weder LH Haider noch LR Martinz in ihren Funktionen als Aufsichtskommissär und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Kärntner Landes- und Hypothekenbank zur Vertretung der Holding im Verkaufsprozess befugt waren: LH Haider und LR Martinz agierten als Vertreter ohne Vertretungsmacht, noch dazu als PRIVATPERSONEN. Bezogen auf den Paragraphen 1037 ABGB wurden Haider und Martinz der Anspruch der Übernahme des Birnbacher-Honorars durch die Kärntner Landesholding wegen der „Nützlichen Geschäftsführung ohne Auftrag“ zugestanden. Die Rechnungs-Übernahme des Birnbacher-Honorars durch die KLHd sei allerdings nur dann gerechtfertigt, wenn ein objektiver Vorteil gegeben ist. Diesen Vorteil konnte der Gutachter nicht beurteilen!

Gutachten DDr. Altenberger (06.03.2008 & 13.03.2008):

Im ersten Gutachten vom 06.03.2008 kann DDr. Altenberger nicht feststellen, dass das vereinbarte Honorar von Dr. Birnbacher angemessen sei. Daraufhin wurde er neuerlich, Mag. Rudolf Siart sowie „Deloitte Auditor Treuhand GmbH“ mit Gutachten beauftragt.

DDr. Altenberger stellt daraufhin in seinem zweiten Gutachten vom 13.03.2008 fest, dass das Honorar angemessen sei, insofern die Tätigkeit des Dr. Birnbacher mit jener einer Investmentbank vergleichbar wäre. Zur Frage der Vergleichbarkeit hat sich der Gutachter nicht geäußert, kritisiert der Landesrechnungshof!

Gutachten Mag. Siart (14.03.2008):

Das Gutachten von Siart geht vor allem auf die Besonderheiten des Auftrages ein: keine Käufersuche, großer Zeitdruck, hohe Intensität der Tätigkeit, strengste Vertraulichkeit und keine Schriftlichkeit. Siart kommt zum Schluss, dass „nicht die ganze Leistungspalette einer Investmentbank“ aufgewendet wurde, das Honorar sei jedoch „vertretbar“.

Gutachten Deloitte (12.03.2008):

Deloitte geht in seinem Gutachten davon aus, dass das Honorar ein Indiz für die Tätigkeit einer Investmentbank darstelle und bezeichnet das Honorar von Birnbacher als „nachvollziehbar und angemessen“.

Rolf Holub:

„Inwieweit es sich bei den oben genannten Gutachten zum Honorar von Dr. Birnbacher um Auftragsgutachten handelt ist Teil der Untersuchungen. Wir gehen davon aus, dass die Gutachter nicht über umfassende Informationen verfügten und es sich daher durchaus um klassische Auftragsgutachten handeln könnte. Etwa wurde ein persönlich am 15.5.2007 von Birnbacher an Dr. Haider und Dr. Martinz überreichter Brief, der die wesentlichen Ereignisse zusammenfasste, von den Gutachtern nicht behandelt. Dr. Martinz hat es bis heute verabsäumt diesen Brief dem U-Ausschuss vorzulegen!“

3.) Die Rolle der Landesholding...

a) ... beim Birnbacher-Honorar

In der 50. Aufsichtsratssitzung der Kärntner Landesholding vom 07.03.2008 wurden auf Grund des Honorars von Dr. Birnbacher, der Voranschlag 2008 und die Vorschau 2009 geändert. Dem Vorstand lagen zu diesem Zeitpunkt nur drei Gutachten vor, wobei keines die Angemessenheit des Honorars bestätigte.

Am 28.04.2008 wurde der schriftliche Vertrag über das nunmehr reduzierte Honorar von Dr. Haider, Dr. Martinz, Dr. Birnbacher, Dr. Megymorez & Mag. Xander unterfertigt. Interessant dabei ist vor allem die Absicherung des Vorstandes der Kärntner Landesholding, sollte ein Gericht in weiterer Folge zu dem Schluss kommen, dass das Honorar rechtswidrig sei:

„[...] Sollte durch eine rechtskräftige Entscheidung eines Gerichtes oder einer Verwaltungsbehörde festgestellt werden, dass Dr. Birnbacher der Honorarananspruch nicht oder nicht in der festgelegten Höhe zusteht, [...] so ist die KLHd in diesem Umfang auch nicht an die in dieser Vereinbarung festgelegte Zahlungsverpflichtung gebunden [...].“

Rolf Holub:

„Der Aufsichtsrat der Kärntner Landesholding nickte das Honorar von Dr. Birnbacher ab, obwohl zur Zeit des Beschlusses kein einziges positives Gutachten zur Causa vorlag, welches die Kostenübernahme des Birnbacher-Honorars gerechtfertigt hat! Die positiven Gutachten wurden erst in weiterer Folge erstellt. Der Vertrag zum Honorar zeigt in manchen Teilen deutlich, wie unangemessen das Birnbacher-Honorar erschien und wie unsicher sich alle Beteiligten der Kärntner Landesholding ihrer Sache waren so viel Geld für so wenig Leistung in die Hand zu nehmen.“

b) ... beim Verkauf der Hypo-Anteile

Dr. Megymorez beteuerte stets, erst mit 15. Mai 2007 von den Verhandlungen mit der BayernLB von Dr. Martinz erfahren zu haben.

Nach den Erkenntnissen im U-Ausschuss dürfte der Vorstand der KLHd, Dr. Megymorez, gewusst haben, obwohl sie dies in den U-Ausschüssen stets bestritten haben. Pikant daran: Sollte der Vorstand der KLHd über die Kaufabsichten der BayernLB informiert gewesen sein und es nicht dem Aufsichtsrat der KLHd mitgeteilt haben, wäre dies eine Informationspflichtverletzung!

Indizien dafür:

Der Vorstand der Kärntner Landesholding Dr. Hans-Jörg Megymorez hat im April 2007 zumindest an zwei „Legal-Expert-Meetings“ in der Due-Diligence-Phase I (Sorgfältigkeitsprüfung beim Kauf von Geschäfts-Anteilen) teilgenommen. Er saß dabei Vertretern der BayernLB gegenüber. Er wusste also, dass die BayernLB die Hypo prüfte. Das geht aus Zeugenaussagen hervor: Nach einer Zeugenaussage soll Megymorez gesagt haben, „dass man zusehen müsse, dass die Bayern ihre Anteile bekommen.“

Rolf Holub:

„In unseren Untersuchungen ergibt sich bisher das Bild, dass einige Vertreter der Kärntner Landesholding bereits frühzeitig vom Verkauf der Bank gewusst haben. Die Landesholding hat mit der Übernahme des Birnbacher-Honorars gegen ihre Interessen und gegen die Interessen der SteuerzahlerInnen gehandelt. Eine parteipolitische Einflussnahme auf die KLHd ist durchaus ersichtlich und es könnte die Sorgfaltspflicht verletzt worden sein. Auch der Verdacht der Untreue steht im Raum, denn es wurde nicht nach besten Wissen und Gewissen gehandelt. Die Doppelrolle von Dr. Martinz als ÖVP-Chef & Vorsitzender des Aufsichtsrates der Landesholding führt offensichtlich dazu, dass die ÖVP direkt mit der Landesholding gegen den U-Ausschuss arbeitet, um Aufklärung in der Birnbacher Causa zu unterbinden. Auch der Verdacht der illegalen Parteienfinanzierung ist für Martinz noch lange nicht ausgestanden. Der U-Ausschuss wird im September jenen Zeugen vereidigen und einvernehmen, der gegenüber der Zeitschrift Profil zuletzt behauptet hat, dass es beim Birnbacher-Honorar um Parteienfinanzierung der ÖVP ging.“

4.) Wahrnehmungen von Zeugen zu Dr. Birnbacher

Wolfgang Kulterer (17.02.2010):

„Die Endverhandlungen über den [...] Kaufpreis wurden in den letzten Tagen des Mai 2007 in der BLB in München geführt. [...] Dr. Birnbacher war bei den Terminen am Tisch, hat mitgeschrieben und Fragen gestellt. Ich kenne kein Dokument von Dr. Birnbacher [...]“

Dr. Martinz (03.09.2009)

„Am 16. Mai 2007 gab es in München die große Schlussrunde. Dort wurde das Konvolut des Vertragsentwurfes durchgegangen und dem Vorstand übergeben. Das Vertragskonvolut war Birnbachers Leistung. Er sagte: „Macht es, ich empfehle es!“ Das waren seine Aufgaben. Sein Vertragsentwurf führte letztlich 1:1 zum endgültigen Vertrag. Die Berichterstattung erfolgte mündlich unter sechs Augen. Der Schlußbericht war das Vertragskonvolut.“

Dr. Brodey:

„Noch einmal: Unser Eindruck war, dass der Vertragsentwurf von Kirkland und Ellis gesteuert wurde. Die haben sozusagen auf der Seite der Verkäufer die Vertragshoheit gehabt, und zwar auf der Seite von Berlin & Co, unterstützt durch die österreichische Rechtsanwaltskanzlei Wolf Theiss. Der Dr. Birnbacher ist mir in diesem Zusammenhang nicht untergekommen. Er wurde mir nicht vorgestellt als Mastermind des Vertrages.“

5.) Dr. Birnbacher – Wos wor sei Leistung?

Dietrich Birnbacher erhielt am 24.04.2007 Unterlagen für seine Tätigkeit im Zuge des Hypo-Deals. Die finalen Verhandlungen fanden am 14.05.2007 statt. Dietrich Birnbacher war somit etwa drei Wochen aktiv in das Verhandlungsgeschehen eingebunden!

Aus Birnbachers achtseitigen Tätigkeitsbericht geht nicht hervor, in welchem Umfang Birnbacher tatsächlich seine Aufgaben wahrgenommen hat. Der Tätigkeitsbericht Birnbachers strotzt vor Fehlern, die Kompetenz von Dr. Birnbacher muss daher ernsthaft bezweifelt werden. Die eklatantesten Fehler von Birnbacher:

- Nicht 20%, sondern 24,91% der Anteile der HAAB wurden verhandelt. Ein wesentlicher Unterschied von etwa 160 Millionen Euro.
- Birnbacher nennt in seinem Bericht die Gruppe von Tilo Berlin „Knightsbridge Capital Advisors Limited“. Diese Gruppe gibt es nicht, sie heißt viel mehr „Kingsbridge Capital Advisors Limited“.
- Birnbacher beschreibt den Unternehmenswert mit 3,2 Milliarden Euro. Tatsächlich waren es 50 Millionen Euro mehr, nämlich 3,25 Milliarden Euro.
- Birnbacher schreibt in seinem Bericht davon, mit Vertretern der BayernLB verhandelt zu haben, u.a. mit „Dr. Gripkovsky und Dr. Klemmer“. Diese beiden Personen heißen jedoch Gribkowsky und Kemmer. Wie intensiv Birnbacher mit diesen Personen verhandelt hat ist nicht nur höchst fraglich, sondern durch seinen Bericht auch nicht feststellbar.
- Birnbacher beziffert den Kaufpreis, den die BayernLB für die Hypo bietet, in seinem Bericht mit 1,6 Millionen Euro. Die Bayerische Landesbank hat letztlich etwa 1,625 Milliarden Euro für den Erwerb investiert.

6.) Leistungen anderer Investmentbanken und deren Honorare im Vergleich

Landesrechnungshof (März 2009):

„Die prozentuale Bemessung auch des reduzierten Erfolgshonorars war daher im prüfungsgegenständlichen Fall dem Landesrechnungshof nicht nachvollziehbar.“

Rolf Holub:

„Dr. Birnbacher war weder vor dem Landesrechnungshof, noch vor dem Kontrollausschuss, noch vor dem Untersuchungsausschuss bereit über den Umfang seiner Tätigkeit Auskunft zu erteilen. Auch die angeforderten Unterlagen wurden nicht zur Verfügung gestellt. Sein unglaublicher Tätigkeitsbericht verstärkt nur den Verdacht, dass hier nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Ich würde Dr. Birnbacher eine Aussage vor dem Ausschuss nahelegen, denn sein Schweigen verstärkt alle Verdachtsmomente, insbesondere jene, die ÖVP-Martinz belasten.“